

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Miriam Staudte (GRÜNE)

Unverhältnismäßiger Polizeieinsatz gegen kritische Bürgerinnen und Bürger vor AKW Lingen?

Anfrage der Abgeordneten Miriam Staudte (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 02.10.2019

„Die Lingener Polizei stresst Makoma Lekalakala“. Unter dieser Überschrift berichtet die *taz* am 18. September 2019¹ über einen Polizeieinsatz gegen Atomkraftgegnerinnen und -gegner infolge einer Fotoaktion vor dem Atomkraftwerk Lingen:

„Die südafrikanische Klima- und Umweltaktivistin Makoma Lekalakala bekam am vergangenen Samstag einen guten Eindruck davon, wie Polizei und Atomkonzerne hierzulande bisweilen mit friedlichem Protest umgehen. Zusammen mit örtlichen AKW-Gegnern posierte die 55-Jährige auf einer öffentlichen Fläche vor dem Atomkraftwerk Lingen für Pressefotos, als Polizeibeamte mit fünf Fahrzeugen und einer Hundestaffel vorfuhren - auf Initiative des AKW-Betreibers RWE, wie die Aktivisten sagen.

Die Polizisten nahmen die Personalien der Umweltschützer auf. Wohl zu deren Einschüchterung, wurden doch zwei Anwesende gleich von den Beamten mit korrektem Namen angesprochen. Später erklärte die Polizei, bei der ‚Spontandemonstration‘ sei es zu keinen strafbaren Handlungen oder sonstigen Störungen gekommen.“

1. Ist es zutreffend, dass ein Hinweis von RWE den Polizeieinsatz ausgelöst hat?
2. Welcher Anfangsverdacht begründete den Polizeieinsatz?
3. Welcher Anfangsverdacht begründete den Einsatz einer Hundestaffel?
4. War die Fotoaktion der Initiative rechtswidrig, und, wenn ja, aus welchen Gründen?
5. Hält die Landesregierung den geschilderten Polizeieinsatz für verhältnismäßig bzw. überhaupt gerechtfertigt?
6. Ist ein solcher Einsatz geeignet, Bürgerinnen und Bürger und Initiativen einzuschüchtern?
7. Welches Bild von der Arbeit der niedersächsischen Polizei möchte die Landesregierung Gästen aus dem Ausland vermitteln? Ist dies bei genanntem Polizeieinsatz gelungen?
8. Inwiefern gab es während der Polizeimaßnahme oder im Nachgang Kontakt zwischen Polizei und RWE-Vertretern? Und wenn ja, wurden dabei Namen der Anwesenden oder andere Daten weitergegeben?
9. Wurden die während des Einsatzes erhobenen Personendaten gelöscht? Wenn nein, warum nicht?

¹ <https://taz.de/!5622892/>